Deutscher Bundestag **Drucksache 16/8246**
16. Wahlperiode 22. 02. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Norman Paech, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/5891 –

Ein Mahnmal – Kein Ehrenmal
Gegen Kriege – Mahnmal für die Opfer der gegenwärtigen Kriege

A. Problem

Die Pläne des Bundesministers der Verteidigung, an seinem Amtsitz ein „Bundeswehr-Ehrenmal“ zum Gedenken an die in Auslandseinsätzen ums Leben gekommenen Soldaten zu errichten, stellen nach Auffassung der Antragsteller nicht nur einen Alleingang dar, der eklatant gegen das Transparenzgebot der demokratischen Ordnung verstößt, sondern laufen auch dem Verfassungsauftrag der Bundeswehr zuwider, der sie zur Verteidigung verpflichtet. Die große Mehrheit der Deutschen beharre aber auf dem Verteidigungsauftrag der Bundeswehr, wie ihn das Grundgesetz festlege, und lehne die Einsätze der Bundeswehr im Ausland ab. Der Begriff „Ehre“ lege zudem nahe, dass es wieder ehrenvoll sein solle, in den Krieg zu ziehen und zu sterben.

Benötigt werde ein Mahnmal für sämtliche Opfer der gegenwärtigen Kriege, insbesondere aus der Zivilbevölkerung, die durch deutsche oder verbündete Soldaten ums Leben gekommen seien, aber auch für die getöteten Soldaten.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung daher auf, die Planungen für ein „Ehrenmal der Bundeswehr“ sofort auszusetzen und in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundestag ein Konzept für ein modernes Mahnmal gegen die gegenwärtigen Kriege, möglichst in Nähe des Deutschen Bundestages, zu entwickeln, welches von einer breiten Öffentlichkeit zu diskutieren sei. Ein solches Mahnmal müsse an die Verantwortung des Parlaments appellieren und eindeutig als Aufruf gegen den Krieg zu verstehen sein.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/5891 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Der Verteidigungsausschuss

Ulrike Merten
Vorsitzende

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Berichterstatter

Gerd Höfer
Berichterstatter

Dr. Rainer Stinner
Berichterstatter

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Gerd Höfer, Dr. Rainer Stinner, Paul Schäfer (Köln) und Winfried Nachtwei

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/5891** wurde in der 109. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. Juli 2007 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/5891 in seiner 55. Sitzung am 8. November 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/5891 in seiner 50. Sitzung am 14. November 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 16/5891 in seiner 48. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/5891 in seiner 73. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** ist der Auffassung, dass eine der Intentionen des Antrages, die Planungen für das Ehrenmal sofort zu stoppen, bereits von der Realität überholt sei. Darüber hinaus sei es sehr vordergründig zu unterstellen, dass die geplante Inschrift für das Ehrenmal – „Den Toten unserer Bundeswehr. Für Frieden, Recht und Freiheit“ – nahelege, es sei im Sinne gestriger Gefallenenkulte wieder „süß und ehrenvoll“, für das Vaterland zu sterben.

Die **Fraktion der SPD** kritisiert, dass durch die Überschrift des Antrages insinuiert werde, dass die Bundeswehr an Kriegen beteiligt und deshalb ein Mahnmal gegen Kriege notwendig sei. Dies in einen Kontext mit dem geplanten Ehrenmal zu bringen, sei eine Provokation und hätten die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr nicht verdient.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, dass der Antrag von Anfang an falsch intoniert sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, dass die Antwort noch nicht gegeben sei, wie ein demokratischer Staat seiner toten Soldaten gedenken solle und welche staatliche Symbolik dabei angemessen sei. Man könne das geplante Ehrenmal durchaus als Abkehr von der bundesdeutschen Errungenschaft deuten, sich vom herkömmlichen militärischen Gefallenenkult zu distanzieren. Der Antrag sei in der Tat eine Provokation, weil er sich auch darauf beziehe, dass Soldaten nicht nur getötet würden, sondern auch töteten. Dieser Aspekt müsse in der Debatte zu diesem Thema berücksichtigt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** teilt die Kritik des Antrags am Alleingang des Ministeriums. Zu widersprechen sei aber der prinzipiellen Absage der Antragsteller an der Beteiligung der Bundeswehr an Friedenssicherungseinsätzen, die von den Vereinten Nationen mandatiert und oft auch geführt werden. Solche Einsätze zur Gewalteindämmung seien im Rahmen des Friedensauftrags des Grundgesetzes und – das zeige die Realität – keineswegs Kriegseinsätze. Insofern gehe die Botschaft des Antrags in die falsche Richtung.

Berlin, den 13. Februar 2008

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) Berichterstatter	**Gerd Höfer** Berichterstatter	**Dr. Rainer Stinner** Berichterstatter
Paul Schäfer (Köln) Berichterstatter	**Winfried Nachtwei** Berichterstatter	

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333